

Gericht weist Beschwerde ab

Streit um Ortsamtsleitung in Burglesum

VON SYLVIA WÖRMKE

Bremen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat die Beschwerde einer unterlegenen Bewerberin zum Auswahlverfahren der Ortsamtsleiterstelle in Burglesum zurückgewiesen. Aufgrund eines Eilantrages der Bewerberin konnte die Stelle mit dem vom Beirat ausgewählten Bewerber seit Oktober 2010 nicht besetzt werden.

Nun wäre der Weg frei für die Besetzung der seit sieben Jahre aufgrund von Klagen vakanten Position. Stellungnahmen, wie weiter verfahren wird, gibt es bislang nicht. Als Unwägbarkeit steht noch im Raum, dass die Klägerin das Bundesverfassungsgericht anrufen könnte. Bürgermeister Jens Böhrnsen teilt aber mit, dass er den Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes begrüße und hoffe, dass mit dieser Entscheidung nun endgültig die lange Vakanz im Ortsamt beseitigt werden könne.

Das OVG hatte über die Beschwerde zu einem Verwaltungsgerichtsurteil zu entscheiden. Das hatte im vierten Auswahlverfahren für die Stelle keine Rechtsfehler entdecken können. Das OVG räumt zwar ein, dass die Auswahlverfahren nicht in jeder Hinsicht zweifelsfrei seien. „Es ist aber nicht erkennbar, dass der Beirat sich dabei von unsachgemäßen oder willkürlichen Erwägungen habe leiten lassen.“ Die Entscheidung stützt sich auf eine Gesetzesänderung. Seit 2007 können Ortsamtsleiter nur auf Vorschlag der Beiräte ernannt werden. Da der Beirat in allen Verfahren andere Bewerber bevorzugt hat, wird für die Klägerin auch in Zukunft keine Chance gesehen, ausgewählt zu werden. Darum sei eine weitere Aussetzung des Besetzungsverfahrens nicht gerechtfertigt.

Personalrat und Behörde uneins

Diskussion über Staatsanwaltschaft

Bremen (rog). „Die Funktionsfähigkeit der Staatsanwaltschaft Bremen ist in Gefahr.“ Zu diesem Fazit kommt die Personalratsvorsitzende der Staatsanwaltschaft, Antje Kück, nach dem aktuellen Bericht von Justizstaatsrat Matthias Stauch zur Belastung der bremischen Justiz Ende vergangener Woche. Zugleich widerspricht Kück den angelegenen Personalzahlen aus der Behörde. Bei den genannten 45 Staatsanwälten handele es sich zum Teil um Teilleistungen. Tatsächlich betrage das Beschäftigungsvolumen 41,7.

Somit fehlten „mindestens 3,3 Dezernenten“, kritisierte Kück. Drei Staatsanwälte seien zudem langfristig in Großverfahren eingebunden. Darüber hinaus sei die wichtigste Stelle in der Staatsanwaltschaft, nämlich die Behördenleitung, seit März vergangenen Jahres vakant. Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte wies darauf hin, dass trotz höchster Leistung und bei höchstem Einsatz aller Beschäftigten in weiten Bereichen die Zahl der eingehenden Verfahren kaum bewältigt werden könne. Die erheblichen Bestände belasteten die Beschäftigten in nicht mehr zumutbarer Weise. Aufgrund des Stellenabbaus im Servicebereich seien die Dezernenten zudem mit Schreiarbeiten belastet.

STADTUMSCHAU

Die Oberschule an der Hermannsburg 32 f lädt am Freitag, 13. Januar, von 12 bis 15 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein.

Der Vortrag über „Historisierung der Religion in der Römischen Republik“, der für heute um 20 Uhr im Haus der Wissenschaft vorgesehen war, fällt wegen einer Erkrankung des Referenten aus.

Das St. Petri Kinderhaus am Ehlersdamm in Osterholz lädt am Montag, 16. Januar, von 15 bis 17 Uhr Eltern zu einem Informationsnachmittag über das neue Kindergartengebäude ein. Im Kinderhaus werden Kinder im Alter von null bis sechs Jahren betreut.

Das Hermann-Böse-Gymnasium lädt zu Informationsveranstaltungen ein. Am Dienstag, 17. Januar, geht es ab 19.30 Uhr um die Gymnasiale Oberstufe. Am 18. Januar findet von 8 bis 10 Uhr ein Tag der offenen Tür statt. Das Gymnasium befindet sich in der Hermann-Böse-Straße 1-9.

Eine neue Trauergruppe für Menschen, die einen nahen Angehörigen oder Freund verloren haben, bietet das Hospiz Horn ab Dienstag, 17. Januar, an. Anmeldung unter Telefon 235235.

Über ihre Stipendien für ein Studium informiert die Konrad-Adenauer-Stiftung am Dienstag, 17. Januar, um 14 Uhr in der Martinstraße 25. Eine Anmeldung unter Telefon 1630090 ist erforderlich.

REDAKTION BREMEN

Telefon 0421/36713690

Fax 0421/36711006

Mail: lokales@weser-kurier.de

Erneut Debatte über Müllgebühren

Deputation legt eine Reihe von Fragen zum Vorschlag des Umweltsenators vor



In einer Halle der Firma Nehlsen wird der angelieferte Müll auf ein Fließband verladen. Der Restmüll-Anteil ist in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden, die Wiederverwertung von Wertstoffen nimmt weiter zu. FOTO: MARIO WEZEL

Die Parteien haben eine Entscheidung darüber offengelassen, ob das Müllgebühren-System wie geplant geändert wird. Die Mitglieder der Umweltdeputation nahmen den Vorschlag der Verwaltung, künftig einen festen Sockelbetrag für alle Haushalte einzuführen, lediglich zur Kenntnis. Jetzt muss weiter diskutiert und nach einer Lösung gesucht werden.

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Viele Fragen, wenige Antworten. Das ist das Fazit der Debatte, die die Umweltdeputierten gestern über das geplante neue System der Abfall-Gebühren führten. Wie berichtet, sollen die Gebühren zum 1. Januar 2013 um durchschnittlich 15 Prozent steigen, weil im System bis zu 9,6 Millionen Euro pro Jahr fehlen. Das Ressort von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) hatte vor wenigen Tagen seine bisherigen Überlegungen präsentiert: Im Kern geht es um eine Anhebung, die vor allem kleine Haushalte betrifft. Und um die Einführung eines Grundbetrags für alle Haushalte.

Lohse zeigte sich gestern deutlich zurückhaltend. Bei den Behörden-Papieren handele es sich um einen „ersten Aufschlag“, „keine der Zahlen sei in Stein gemeißelt“. Der Vorschlag ist zusammen mit dem Ahlener Institut Infa erarbeitet worden, dessen Geschäftsführer Klaus Gellenbeck betonte gestern, es gebe aus seiner Warte keine Alternative zur Systemänderung. Und es gebe einen bundesweiten Trend, einen Haushaltsgrundbetrag einzuführen. Zum Beispiel seien Berlin und Stuttgart gerade in der Planungsphase. Der Grundbetrag mache Sinn, weil ein Haushalt einen Teil des Mülls unabhängig von der Größe produziere. Nur: „Das Grundproblem ist: Wenn wir das System ändern, gibt

es Bürger, die mehr zahlen müssen als vorher. Und es gibt Bürger, die weniger zahlen müssen.“

Die Deputierten hatten gestern eine Reihe von Fragen, die laut Lohse in den kommenden Wochen und Monaten beantwortet werden sollen. Der SPD-Politiker Arno Gottschalk bat zum Beispiel darum, mehr Informationen über die Rechtsprechung zum Thema Gebühren-Gerechtigkeit zu erhalten. Außerdem wartet er auf konkrete Rechenbeispiele, welche Auswirkungen das neue Modell auf Mieter in Großwohnanlagen hätte. Gottschalk: „Wir

„Wir brauchen einfach mehr Informationen zu den Kostenstrukturen.“

Arno Gottschalk, SPD

brauchen einfach zu den Kostenstrukturen mehr Informationen.“

Die grüne Abgeordnete Anne Schierenbeck warf die Frage auf, warum es neben dem Grundbetrag eine festgelegte Zahl von Pflicht-Leerungen gebe. Könne nicht auf diese zweite Grundgebühr verzichtet werden? Und sei es eventuell möglich, die geplante Verteuerung über mehrere Jahre zu strecken? Die Grünen legen Wert darauf, dass weiter ein Anreiz zur Mülltrennung erhalten bleibt. Und Frank Imhoff (CDU) warnte einmal mehr davor, dass die neue Gebührenordnung vor allem für Single-Haushalte zur Belastung werden könnte. „Da besteht noch viel Diskussionsbedarf.“

Vor allem Bürger, die bisher strikt auf Mülltrennung geachtet haben, fühlen sich

durch die Pläne für einen Sockelbetrag benachteiligt. So schreibt eine Leserin dieser Zeitung aus Schwachhausen, für sie habe sich durch die genaue Mülltrennung ergeben, „dass ich meine schwarze Restmülltonne höchstens ein- bis zweimal im Jahr leeren lassen musste“. Jetzt überlegt die Bürgerin, ob sich der Einsatz in Zukunft überhaupt noch lohnt.

Ein weiterer Leser, ebenfalls aus Schwachhausen, ist für sich zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen: Er ist in den vergangenen beiden Jahren auf drei Leerungen gekommen. Das Argument, dass der Müll stinkt und es zu einem Hygiene-Problem kommt, entkräftet der Mann: Der Müll sei einfach in abbaubare Bio-Plastiktüten geknetet.

Aber ist der ganze Aufwand überhaupt notwendig? Der SPD-Abgeordnete Rainer Hamann erkundigte sich, ob es nicht inzwischen technisch einfacher sei, die Mülltrennung wieder aufzugeben und Spezialmaschinen diese Aufgabe zu übertragen? Abfall-Prof. Klaus Gellenbeck musste verneinen. Es habe zwar entsprechende Versuche gegeben, berichtete er gestern, allerdings waren die Kunststoff-Hersteller mit dem Ergebnis unzufrieden. Der Grund: Die Recycling-Produkte aus dem nicht getrennten Müll rochen nach Abfall.

Auf Bremen, auch das schilderte Klaus Gellenbeck, kommen in den kommenden Jahren mit einem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz auf Bundesebene weitere Veränderungen zu. So rechnet er zum Beispiel damit, dass künftig nicht nur Verpackungen mit dem Grünen Punkt über gelbe Säcke gesammelt werden, sondern auch sämtlicher Müll, der sich aus denselben Bestandteilen zusammensetzt. Diese anstehende Veränderung sei aber schon in den Gebühren-Vorschlag seines Institutes eingerechnet, sagte der Experte.

Bremen erinnert an die NS-Opfer

Offizielle Gedenkstunde am 25. Januar

VON FRAUKE FISCHER
UND ANGELA NEUMANN

Bremen. Das Erinnern hat viele Facetten. Entsprechend vielfältig ist das Programm zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. In Bremen gibt es rund um den staatlichen Gedenktag eine Reihe von Veranstaltungen. Zeitzeugenberichte, Vorträge, Führungen, Buchpräsentationen, Filme und szenische Lesungen an verschiedenen Orten der Stadt.

Im Rathaus begeht der Senat mit Bürgermeister Jens Böhrnsen am 25. Januar die zentrale offizielle Gedenkstunde. Daran wird die Bremer Chorwerkstatt mitwirken. Schülerinnen und Schüler werden zudem die Namen ermordeter Opfer des Nationalsozialismus vorlesen. Ehrengast ist in diesem Jahr Cipora Feivlowitsch, die über ihr Überleben in Auschwitz berichtet wird.

„Wir haben schon so oft gedacht, es gäbe nichts Neues mehr über den Nationalsozialismus zu erzählen, aber da haben wir uns getäuscht“, sagt Hermann Kuhn, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bremen, die gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Bremer Verein „Erinnern für die Zukunft“ das Bremer Programm koordiniert und präsentiert hat.

Etliche Einrichtungen und Bürger haben dazu beigetragen, dass bis in den April Veranstaltungen zum Erinnern, Mahnen und Gedenken einladen. Doch es geht nicht nur um Vergangenheit. In einer Veranstaltung der Universität spricht Professor Detlev Clausen „Über die Banalisierung des Bösen“ unter der Überschrift „Nach Auschwitz“. Die Diskriminierungsgeschichte der Sint und Roma wird ebenso zum Thema gemacht. Und das Erinnerungsprojekt „Stolpersteine“ des Kölner Bildhauers Gunter Demnig wird einen weiteren Schwerpunkt einnehmen. Es wird wieder Stadteingänge auf den Spuren der Stolpersteine geben sowie eine Diskussionsveranstaltung mit Barbara Johr, Leiterin des Bremer Erinnerungsprojekts „Stolpersteine Bremen“, mit John Gerardu vom Projekt „Spurensuche Bremen“, Marcus Meyer („Denkort Bunker Valentin“) und Achim Tischer vom Krankenhaus-Museum.

Mit „Reemtsma auf der Krim“ von Karl Heinz Roth und „Titos Brille“ von Adriana Altaras werden zwei Bücher zu verschiedenen Aspekten des Themas in der Zentralbibliothek am Wall vorgestellt.

Die Gedenkfahrt nach Krakau und Auschwitz mit ihrem Vorbereitungsseminar ist ein Pilotprojekt im Rahmen des Programms.

Ein Werkstattgespräch und eine Ausstellung widmen sich den sogenannten Blocklandmorden im November 1945. Damals hatten polnische Zwangsarbeiter auf der Suche nach Nahrungsmitteln Wilhelm Hamelmann schwer verletzt und seine zwölf Angehörigen erschossen. Anhand des Ereignisses gehen das Evangelische Bildungswerk und das Kulturhaus Walle der Frage nach, wie aus Opfern Täter werden.

Der 27. Januar wurde 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog als Gedenktag festgelegt. Das Datum bezieht sich auf den 27. Januar 1945, als Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des größten Vernichtungslagers der Nazis in Auschwitz befreiten.

Wer sich genauer über Termine und Inhalte der Veranstaltungen informieren möchte, findet es in vielen öffentlichen Einrichtungen oder kann es bei der Landeszentrale für politische Bildung unter der Rufnummer 0421/361-2922 anfordern.

Eine offene Tür für Kinder

35 Geschäfte wollen Anlaufstelle für junge Hilfesuchende sein

VON AENNE TEMPLIN

Bremen. Eine rote Sprechblase, in der Mitte ein blauer Stern – dieses Zeichen soll zur Anlaufstelle für Kinder in Notsituationen werden. „Open Döör“ heißt das Projekt, das vom Magazin „Kinderzeitung“ und dem Kinderschutzbund ins Leben gerufen wurde. 19 Schüler der Grundschule Schmidtstraße haben gestern gemeinsam mit Jens Böhrnsen das bremensweite Projekt gestartet und die ersten Aufkleber im Viertel angebracht.

„Es sind nicht die dramatischen Bedrohungen, sondern die Alltagssituationen, bei denen geholfen werden soll“, sagt Initiator Christian Humm, Herausgeber der „Kinderzeitung“. Dies könne sein, wenn das Kind den Schlüssel vergessen hat oder den Heimweg nicht kennt. „Wir möchten, dass die Kinder keine Hemmungen haben, um Hilfe zu bitten.“ Die Angestellten werden nicht speziell geschult. Es ginge darum, dass jemand den Kindern zuhört und zur Not Eltern oder in schlimmeren Fällen die Polizei verständigt, so Humm. Die Voraussetzung, um sich am Projekt zu beteiligen, ist ein offener Verkaufsraum. Die Kinder sollen sich auch nur dort aufhalten.

Die Klassenlehrerin Katharina Berbusse ist von dem Konzept überzeugt: „Es ist beruhigend zu wissen, dass die Kinder im Zweifel Hilfe bekommen.“ Sie habe es schon häufiger erlebt, dass ihre Schüler auf dem Heimweg von Fremden angesprochen

wurden. Ein Kind sei mit Süßigkeiten gelockt worden, ein anderes habe sogar einen Einbruch beobachtet. „Die Kinder sind im ersten Moment sehr verunsichert und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen.“ Auch die achtjährige Nike ist von Fremden auf dem Heimweg angesprochen worden. „Wir haben darüber in der Schule gesprochen. Ich weiß jetzt, wo ich hingehen kann, wenn so etwas wieder passiert.“

Die Organisatoren rechnen mit weiteren Geschäftsinhabern, die sich beteiligen werden. In Deutschland gibt es bereits ähnliche Projekte: Eines davon ist „Notinsel“, das es bereits in 60 Städten gibt. Auch hierbei sollen Kinder in Geschäften Hilfe erhalten. Im Jahr 2011 gaben 13 von 48 befragten Geschäften in Hamburg an, einem Kind in Not geholfen zu haben.



Nelly (l.) und Phil bringen einen Open-Döör-Aufkleber an einem Geschäft an. FOTO: KUHAUPT

E-Bike begeistert Testfahrer

Umweltbehörde zieht nach Probephase in Betrieben positive Bilanz

VON KARINA SKWIRBLIES

Bremen. Elektrofahrräder sind schwer im Kommen. Immer häufiger sind die auch E-Bike oder Pedelec (Pedal Elektrik Cycles) genannten Fahrräder mit einem Elektromotor auf Radwegen und Straßen zu sehen. Die Umweltbehörde möchte diesen Trend verstärken: Sie stellte Bremer Betrieben von Mai bis Oktober 2011 insgesamt 20 Pedelecs für einen Test zur Verfügung. Rund 300 Arbeitnehmer nahmen teil und erprobten zehn Tage lang die Elektroräder. Mit Erfolg: Einer Umfrage zufolge waren 90 Prozent der Teilnehmer sehr zufrieden bis zufrieden.

„Der Schub ist enorm“, berichtete Testfahrer Rudi Danzglock von Arcelor Mittal bei der Bilanz der Aktion „Pedelec – Testfahren mit Rückenwind“ im Focke-Museum. „Man ist immer Erster. Aber man wird von anderen Verkehrsteilnehmern oft unterschätzt, da muss man höflich aufpassen.“ Rudi Danzglock unterstrich, dass er in den zehn Tagen mit dem E-Bike nicht eine Panne hatte. Bei Arcelor Mittal habe sich ein großer Kreis von Menschen gemeldet, die an dem Probefahren teilnehmen wollten. „Sie waren Feuer und Flamme“, erzählte Danzglock. Doch nur zwei davon seien dabei geblieben. „Sie haben sich selbst eines zusammengebaut und ein normales Rad umgerüstet. Das ist billiger.“

Zur Präsentation der Ergebnisse kamen neben Umweltsenator Joachim Lohse auch

Michael Glotz-Richter aus dem Umweltressort, Ludger Koopmann und Tobias Leuze vom ADFC, Christian Dammann von Derby Cycle und viele weitere Teilnehmer und Mitwirkende der Aktion. Die 20 Pedelecs seien in kürzester Zeit ausgebaut gewesen, berichtete Joachim Lohse. Viele Pkw-Nutzer und Arbeitnehmer aus dem Umland hätten teilgenommen, die sich dieses Verkehrsmittel durchaus für die Zukunft vorstellen könnten. „Das zeigt, dass der Umstieg möglich ist“, resümierte Lohse. Doch wegen der größeren Geschwindigkeiten seien andere Radwege notwendig. Ebenso Stellplätze müssten eingerichtet werden. „Dies möchten wir unterstützen und fördern“, versprach Joachim Lohse.

Bessere Radwege wünschten sich auch die Teilnehmer der Aktion. Mit 25 Stundenkilometern seien die angebotenen E-Bikes schnell genug gewesen, meinte Gesine Reichstein von Radio Bremen, die ebenfalls als Testfahrerin unterwegs war. „Wenn sie noch schneller sind, geht es auf den hiesigen Radwegen nicht. Ein kleiner Hubbel macht auf diesem Rad viel aus.“

Christian Dammann von der Firma Derby Cycle, die die Pedelecs zur Verfügung gestellt hatte, erläuterte am Beispiel von Barcelona, dass eine Stadt sich ohne Weiteres einem ansteigenden Fahrradverkehr anpassen könnte. In der spanischen Stadt seien Straßen mit großem Erfolg zu Radwegen umgewidmet worden.